



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

hier: Bayerische Automobilwirtschaft stärken V:

**Kommunales Beschaffungsprogramm für Elektrofahrzeuge
(Kap. 07 03 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird ein neuer Tit. „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Elektrofahrzeuge im kommunalen Fuhrpark“ ausgebracht und für das Jahr 2026 mit einem Ansatz von 75.000 Tsd. Euro ausgestattet.

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird ein neuer Tit. „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Elektrofahrzeuge im kommunalen Fuhrpark“ ausgebracht und für das Jahr 2027 mit einem Ansatz von 150.000 Tsd. Euro ausgestattet.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2026 von 75.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2027 von 150.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Die Zukunft fährt elektrisch. Ein neues Landesbeschaffungsprogramm mit 50 Prozent Landeszuschuss für kommunale Elektrofahrzeuge soll dreifachen Nutzen schaffen: Es beschleunigt die klimaneutrale Verkehrswende in Bayern und vor Ort, entlastet kommunale Haushalte bei ihren Klimaschutzinvestitionen und generiert gleichzeitig neue Nachfrage für Bayerns Automobil- und Zulieferindustrie. Während die Nachfrage nach Verbrennerfahrzeugen strukturell zurückgeht, kämpfen heimische Hersteller und Zulieferer mit Absatzmangel und Arbeitsplatzabbau. Ein kommunales E-Fahrzeug-Beschaffungsprogramm mit einem Volumen von 500 Mio. Euro im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 soll gezielte Anreize für den Kauf von in Europa produzierten Elektrofahrzeugen schaffen und damit heimische Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern. Kommunen erhalten damit die Möglichkeit, ihre Fuhrparks – von Dienstwagen über Bauhoffahrzeuge bis zu kommunalen Serviceflotten – auf klimaneutrale Antriebe umzustellen und eine Vorbildfunktion einzunehmen. Die Investition ist zugleich eine kluge Industriepolitik für Bayerns wichtigsten Wirtschaftszweig in der Transformation.